

## Wie das Erbe unserer Geschichte weiterlebt

Hermann Schäfer

Jahrestagung der UNESCO-Welterbestätten in Deutschland e. V.

18. August 2004

(Anrede)

Der französische Kriegspremier Georges Clemenceau hat einmal gesagt, daß der Krieg zu wichtig sei, um ihn den Generalen zu überlassen. Ebenso ist es unzweifelhaft richtig, daß Architektur nicht den Architekten überlassen werden sollte, da der Mensch – Auftraggeber und Nutzer – im Zentrum der Baukunst stehen muß. Bei der Technik verhält es sich ähnlich; auch sie sollte dienende Funktion übernehmen. Vollends abzulehnen ist das Postulat, daß Geschichte nur Historikern überlassen werden sollte, um sie damit gleichsam durch die Hintertür zu entsorgen. Im Gegenteil: Sie geht uns alle an!

Heute allerdings entsteht der Eindruck, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Sphären Geschichte und politische Öffentlichkeit nur äußerst selten in Kontakt treten. Überhaupt ist unser Land arm an Kulturdebatten, zwar weniger in den Feuilletons der großen Zeitungen, aber besonders im Deutschen Bundestag und in den Landtagen, von Stadt- und Gemeinderäten ganz zu schweigen. Das Thema Geschichte war in den bisherigen Diskussionen alles andere als dominant. Selbst mit den Debatten, die sich um Geschichte drehten, hatten wir wenig Glück: Der sogenannte Historikerstreit Mitte der 1980er Jahre hat unserer Kultur keine bleibenden Forschungserträge beschert. Der Disput über die Wehrmachtsausstellung hatte sich ohne besseres Wissen der beteiligten Bundestagsabgeordneten am – insoweit – untauglichen Objekt entzündet, als das Projekt schließlich eingestampft und völlig neu konzipiert werden musste. Leider sah darin anschließend niemand einen Anlaß für eine neue Debatte. Man stelle sich vor, der Bundestag hätte im Plenum eine Diskussion über Architektur am Beispiel eines Gebäudes geführt, das anschließend wegen baulicher Mängel abgerissen werden mußte. Man stelle sich vor, eine Technologiedebatte

wäre nach einem Patent erörtert worden, das sich dann als Fälschung erwiesen hätte. Ich habe keinen Zweifel, daß diese Themen gewiß erneut auf die Tagesordnung gesetzt und nochmals verhandelt worden wären.

Darf mit Geschichte leichtfertiger umgegangen werden? Leiden wir nicht unter einem Mangel an Auseinandersetzungen über die Zusammenhänge zwischen Kultur und Geschichte? Auch dieser Punkt gehört zu den offensichtlichen Defiziten in diesem Zusammenhang. Allein die Themen, die der Ausschuß für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages in den letzten Jahren auf die Agenda gesetzt hat, zeigen, wie schwer es der nicht mehr ganz so jungen Demokratie immer noch fällt, mit ihrer wenig demokratischen Vorgeschichte umzugehen. Man denke nur an die sich scheinbar endlos hinziehenden Debatten über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, an die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals oder an die jüngst entbrannte Diskussion über die Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Selbst Formen der Selbstdarstellung, die bei allen Staaten der Erde üblich sind, werden hierzulande zum Problem: Nationalhymne und Fahne, Hauptstadt und Staatsarchitektur, Uniformen und – nicht zuletzt – staatliche Festakte.

Daß vor allem die Erinnerung an das „Dritte Reich“ im Zentrum der politischen Anstrengungen zum Erbe unserer Geschichte stand und noch immer steht, ist angesichts der Dimension dieses von Hitler-Deutschland zu verantwortenden Bruchs von Kultur, Zivilisation und Menschlichkeit verständlich. Diese Bürde – sie ist zu Recht einmal als „schreckliche Erinnerungslast“ bezeichnet worden – prägt bis auf den heutigen Tag das Verhältnis der Deutschen zu unserer Geschichte. George Bernhard Shaw sagte einmal: „Mit der nationalen Identität ist es ähnlich wie mit den eigenen Knochen: Sind sie gesund, dann redet man nicht davon.“ Die Deutschen reden indes ständig davon – und besonders gerne darüber, daß sie eigentlich darüber überhaupt nicht reden dürften, weil ja schon die Suche nach nationaler Identität ein verderblicher Rückfall in den Nationalismus sei. Tatsächlich wurde uns eine geradezu „obsessive Beschäftigung mit dem Erinnern“ attestiert.

Jedenfalls hat die Konzentration auf zwölf Jahre der deutschen Geschichte zu einer verengten und einseitigen Sichtweise auf das gesamte Erbe unserer Geschichte geführt. Von manchen Historikern werden selbst Teile der Geschichte des 19.

Jahrhundert auf den Fluchtpunkt 1933 fokussiert; und die Jahre nach 1945 stehen unter dem langen Schatten des „Dritten Reiches“. Es ist, als ob sich die deutsche Geschichte um die nationalsozialistische Nabe drehe.

Es liegt mir fern, dem Vergessen das Wort zu reden und schon gar nicht dem Vergessen der Verbrechen des Nationalsozialismus. Um jedoch ein balanciertes Geschichtsbewußtsein ausbilden zu können, das Abgründe in ihrer gesamten Dimension auszumessen weiß, bedarf es eines Maßstabes, der nicht nur diese zwölf Jahre als Grundeinheit besitzt. Erst wenn es gelingt, ein Bild der deutschen Geschichte in mannigfaltigen Schattierungen von Grau zu zeichnen – wie es Thomas Nipperdey einmal genannt hat – erst dann sind wir in der Lage, unseren Vorfahren gerecht zu werden. Ich würde allerdings nicht gerne nur von vielen Grauschattierungen sprechen, unser historisches Erbe ist reichhaltiger. Denn keine Nation der Welt verfügt nur über negative Traditionslinien, wie übrigens auch keine Nation der Welt lediglich über positive Traditionslinien verfügt. Wie sonst wäre übrigens zu erklären, daß Deutschland mit 30 Erbestätten in der UNESCO-Weltliste vertreten ist, während beispielsweise für ganz Mittelamerika lediglich 41 Welterbestätten verzeichnet sind.

Die internationale Perspektive hilft zweifellos, nationale Denkschablonen zu hinterfragen. Während die Nationen im 19. Jahrhundert mit großer Macht ihre Einzigartigkeit postulierten, gewinnen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts doch den Eindruck, daß die Angleichungsprozesse sich international beschleunigen und der transnationale Druck auf die Staaten immens zugenommen hat. Wir haben uns angewöhnt, dies als Globalisierung zu bezeichnen, obwohl von der Wissenschaft bisher keine Definition vorgelegt werden konnte, die alle Facetten dieser Entwicklung beleuchtet.

Wie dem auch sei: Der Blick von außen und die internationale Perspektive sind jedenfalls wichtige Faktoren, um die Limitierungen nationalstaatlich verengter Sichtweise aufzubrechen. Daß ihr Blick international ausgerichtet ist, zeichnet die Arbeit der UNESCO aus. Wenn der Auswahlmodus für die UNESCO-Welterbestätten auch – euphemistisch gesagt – von hoher Komplexität gekennzeichnet ist, so stellt er doch sicher, daß nationale Befindlichkeiten und Eigenarten hinterfragt werden.

Der Schutz des Erbes der Welt an Büchern, Kunstwerken und Denkmälern sowie der Geschichte und Wissenschaft gehört zu den in der Satzung der UNESCO festgeschriebenen Aufgaben. Begründet wird dies damit, daß es eines der Ziele der UNESCO sei, Wissen zu vermehren und zu vermitteln, daß dazu auch Wissen über Geschichte und Kultur gehöre und daß man die Denkmäler als eine der Quellen dieses Wissens schützen müsse (Artikel 1, Ziffer 2, Buchstabe c der Satzung der UNESCO vom 16. November 1945). Das heißt nicht mehr und nicht weniger: Kulturgüter sollen also nicht um ihrer selbst willen erhalten bleiben, sondern wegen ihres Zeugniswertes. Auch hier steht der Mensch im Mittelpunkt.

Zum ersten Mal wurde damit vor fast sechzig Jahren der Gedanke eines grenzüberschreitenden, weltweiten Denkmal- und Naturschutzes ausgesprochen, verbunden mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, sich durch Konventionen über die Verwirklichung dieses Gedankens zu verständigen. Als die Gründungsstaaten der UNESCO dies 1945 vereinbarten, sahen sie zwangsläufig damals die größte Gefahr für unser Kultur- und Naturerbe in Kriegszerstörungen. Um dieses künftig zu verhindern, wurde 1954 die „Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ verabschiedet. Ihr liegt ein relativ weit gefaßter Denkmalbegriff zu Grunde. So sind in Deutschland beispielsweise 8.000 Denkmale mit dem Weiß-Blau-Emblem gekennzeichnet. Wie wenig dieses Emblem im Ernstfall nutzt, hat der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien schmerzhaft gelehrt. Es gibt sogar Berichte, nach denen Weiß-Blau gekennzeichnete Denkmale erklärte Zielscheibe der Kriegsgegner geworden seien.

Die Konvention (Artikel 11.3 der UNESCO) schreibt vor, daß die Eintragung in die Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt der Zustimmung des betreffenden Staates bedarf. In der Praxis ist daraus ein Initiativrecht der Staaten geworden. Dies ist nicht nur einfach logisch, sondern darüber hinaus auch substantielle Voraussetzung für den anhaltenden Erfolg und die universelle Anerkennung des Welterbestätten-Programms. Denn nur mit dem Blick „vor Ort“ kann entschieden werden, wo Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Mit dem Blick „von außen“ wird dann allerdings bewertet, wie relevant historische Stätten im globalen Maßstab sind – schließlich geht es um unser Welterbe und nicht um Heimerinnerungen.

Die deutsche Öffentlichkeit spricht über die Welterbestätten, und zwar sehr intensiv; dies ist bekannt und sogar in einer jüngst vorgelegten Studie nachgewiesen. Die Dominanz des Themas ist so stark, daß in der Untersuchung mit einem gewissen Unwohlsein schon die Frage gestellt wurde: „Was wäre die UNESCO ohne das Weltkulturerbe?“ Nun, ich muss Ihnen hier nicht näher erläutern, daß die UNESCO noch viele Aufgaben mehr wahrnimmt: Ich erinnere zum Beispiel an das Memory of the World-Programm, in dem Deutschland unter anderem mit Beethovens Neunter, Gutenberg und Goethe vertreten ist, sowie an das jüngst verabschiedete Dekadenprogramm „Bildung für Nachhaltigkeit“.

Mit den Welterbestätten verfügt die UNESCO allerdings tatsächlich über die Marke, die in den nächsten Jahren noch an Attraktivität gewinnen wird. Denn der jedenfalls in unserer Wahrnehmung beschleunigte Gang der Zeit verunsichert viele Menschen. Sie suchen darum in der Vergangenheit Orientierungshilfen für die Zukunft. Es ist kein Zufall, daß Geschichte in unseren Tagen boomt. „Je moderner wir leben, um so größer werden überall die Anstrengungen zur Vergangenheitsvergegenwärtigung.“ So die bestechende Diagnose des Philosophen Hermann Lübbe. Ein Ende dieses Trends, der übrigens auch den historischen Museen zu Gute kommt, ist nicht absehbar.

Die Welterbestätten sind auch für die Erinnerungskultur in Deutschland von größter Bedeutung: Teilt man die historische Entwicklung horizontal in Schichten auf, so gehören sie nämlich nicht zu den an der Oberfläche liegenden, sich rasch verändernden Prozessen, die sogar „kurzatmig“ genannt werden können – die Politikgeschichte gehört vor allem in diese Schicht –, sondern sie entstammen tieferen Schichten, die „longue duree“ genannt werden. Viele, wenn nicht alle deutschen Welterbestätten veranschaulichen langfristige Entwicklungen, die über die Zerklüftungen und Abgründe des kurzen 20. Jahrhunderts weit hinausragen. Sie bieten uns die Chance, an längst vergessene Epochen deutscher Geschichte zu erinnern. Sie sind Tiefenanker unseres historischen Bewußtseins.

Wenn das Komitee dem Rat seiner Experten folgend, ein Denkmal in die Welterbeliste aufnimmt, wird dies von dem Staat, der diesen Antrag gestellt hat, zu

Recht als eine Auszeichnung angesehen. Man könnte fast meinen, die Welterbeliste würde gelegentlich mit einem historischen Schönheitswettbewerb verwechselt, bei dem es darum geht, in jedem Land, die attraktivsten Denkmale zu finden, damit man sie anschließend besser vermarkten kann?

Das Ziel der Konvention ist natürlich ein ganz anderes: Nämlich durch Mobilisierung der Kräfte in den Staaten selbst und durch die Organisation internationaler Zusammenarbeit den Schutz der Denkmale zu sichern und wirksame Maßnahmen zu ihrer Erhaltung in die Wege zu leiten. Die Aufstellung der Liste ist dabei nur der erste Schritt. Blicke sie Selbstzweck, dann wäre der damit verbundene Aufwand kaum gerechtfertigt. Mit dem Antrag, ein Denkmal in die Welterbeliste aufnehmen zu lassen, bekennt sich der Staat, der diesen Antrag stellt, zu seiner Verantwortung nicht nur gegenüber dem eigenen Volk, sondern der ganzen Menschheit gegenüber. Er verpflichtet sich, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um das Denkmal zu schützen und zu erhalten.

Ich fürchte, daß diese fundamentalen Zusammenhänge heute kaum im politischen Bewusstsein verankert sind. Mit glänzenden Augen sehen viele Politiker auf die Ernennung zur Welterbestätte in ihrem Verantwortungsbereich. Sie addieren Umwegerentabilitäten und Tourismuseinnahmen und kommen zu der zumeist völlig falschen Annahme, daß sich die ganze Angelegenheit selbst trage. An ihr logisches Ende gedacht, könnte so der Eindruck entstehen, daß der Bundesrepublik Deutschland kein besseres Schicksal widerfahren könne, als ein gigantisches Freilichtmuseum zu werden. Daß der Weg in den „kollektiven Freizeitpark“, den Helmut Kohl schon früh kritisiert hat, eine der peinlichsten Fehlentwicklungen der 1980er und 1990er Jahre gewesen ist, bedarf an dieser Stelle sicher keiner weiteren Begründung.

Welterbestätten sind Leuchttürme, auch sie bedürfen eines finanziellen Fundaments. Ohne Investitionen, ohne staatliche Zuwendungen ist die Bewahrung und der möglichst barrierefreie Zugang zu den Welterbestätten nicht aufrechtzuerhalten: Kultur kostet Geld!

Es ist an uns, mit aller uns zur Verfügung stehender Macht darauf hinzuweisen, daß die Definition von Kulturausgaben als Subventionen, welche das „Koch-Steinbrück-Papier“ propagiert, als – um das Wort von Altbundespräsident Rau zu zitieren – „Unsinn“ anzusehen ist. Ferner müssen wir uns davor hüten, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche das Wort zu reden. Hermann Josef Abs, der große Bankier, hat dies früh auf den Punkt gebracht: „Gewinn ist so notwendig wie die Luft zum Atmen, aber es wäre schlimm, wenn wir nur wirtschaften würden, um Gewinne zu machen, wie es schlimm wäre, wenn wir nur leben würden, um zu atmen.“

Nocheinmal: Kultur kostet Geld, aber es sind Investitionen, die sich auszahlen und die, wenn es richtig angepackt wird, auch Dividenden abwerfen. Schon Benjamin Franklin wußte: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“ Und er dachte dabei beileibe nicht nur an ökonomisch direkt verwertbares Wissen. Ohne Bewußtsein für unser reiches kulturelles Erbe, ohne Erinnerung an unsere Geschichte mit all’ ihren Höhen und Tiefen würden wir ansonsten einer Zukunft entgegengehen, die wie ein schwarzes Loch daherkommt: unüberschaubar, bedrohlich und aussichtslos. Erst wenn die Menschen wissen, woher sie kommen und was sie geprägt hat, dann haben sie für den beschwerlichen Weg in die Zukunft, der für uns aus heutiger Perspektive mehr Gefahren als Chancen zu bieten scheint, ein sicheres Marschgepäck. Erst mit dem Bewußtsein, in einer größeren Schicksalsgemeinschaft aufgehoben zu sein, sind die Fährnisse der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die feste Verankerung in der Geschichte ist der sicherste Garant für eine Entwicklung, die in ruhigen und ebenmäßigen Bahnen verläuft. Jean Améry, der österreichische Schriftsteller, hat dazu einmal treffend bemerkt: „Niemand kann werden, was er nicht in der Erinnerung finden kann.“

An dieser Stelle muß ich nicht betonen, daß die UNESCO mit ihrem Welterbestätten großartiges leistet. Diese Leistungen sind nicht hoch genug einzuschätzen, vor allem in der sogenannten Dritten Welt, wo die Vertreter vor Ort eben nicht auf die Infrastruktur und die Vorleistungen eines wohlorganisierten Denkmalschutzes zurückgreifen können wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland. Um wieviel härter müssen die Vertreter der UNESCO in diesen Ländern arbeiten, wo die

Daseinsfürsorge für viele Menschen den zentralen Lebensmittelpunkt darstellt. Und um wieviel stärker sind dort die Welterbestätten bedroht.

Kein Wunder, daß man in vielen Ländern mit besonderem Argwohn auf jene Länder schaut, die wie Italien 39, Spanien 38 und die Bundesrepublik bereits 30 Welterbestätten vorweisen können – übrigens gefolgt von Frankreich mit 28, während selbst Griechenland nur 16 besitzt. Kein Wunder, daß besonders die Vertreter aus Ländern der sogenannten Dritten Welt jeden Antrag aus Deutschland mehrfach drehen und wenden, bevor sie zustimmen. Kein Wunder, daß die internationale Fachöffentlichkeit auf Fehlentwicklungen in Deutschland besonders sensibel, vielleicht sogar harsch reagiert, und geneigt sein mag, einmal ein Exempel zu statuieren.

Wie dem auch sei. Jedenfalls offenbart sich in all' diesem Streit auch ein großer Vorteil: Es ist die nachhaltige Arbeitweise der UNESCO. Es werden eben nicht nur Welterbestätten begutachtet und in die spezielle Liste aufgenommen, sondern sie werden eben auch weiterhin kritisch begleitet. Dabei fungieren die damit betrauten Gremien als Frühwarnsystem. Jeder Politiker und jede Verwaltung ist gut beraten, diese Warnungen der UNESCO ernst zu nehmen – sei es nun in Kalkutta oder in Köln.

Ich hoffe, daß die Resolution der Deutschen UNESCO-Kommission, die wir während der 64. Hauptversammlung Anfang Juli in Leipzig verabschiedet haben, zur Entspannung der Lage beiträgt. Wenn ich die ersten Signal richtig deute, dann ist auf beiden Seiten Gesprächsbereitschaft zu erkennen. Eines ist jedenfalls klar: Der Kölner Dom muß so schnell wie möglich wieder von der ‚Roten Liste‘. Mit nur fünf weiteren Welterbestätten in Deutschland – darunter die Porta Nigra in Trier und der Dom von Aachen – erfüllt er nämlich das anspruchvollste der sechs Kriterien für die Eintragung in die Welterbeliste, es handelt sich um ein „Meisterwerk menschlicher Schöpferkraft“.

Natürlich wird dieses Meisterwerk auch dann weiter seine staunenden Betrachter finden, wenn es auf der ‚Roten Liste‘ bleibt, was wir mit allen Mitteln natürlich verhindern wollen. Aber mit jedem dieser staunenden Betrachter werden die

Kommunalpolitiker immer wieder neu eine sehr bittere Pille schlucken müssen. In ihr sind die Peinlichkeiten des arglosen Umgangs mit Schutzzonen und notwendigen Sichtachsen destilliert. Seitens der Deutschen UNESCO-Kommission begrüße ich darum ausdrücklich das Engagement der Landesregierung, namentlich von Herrn Minister Vesper, die Anstrengungen aller Beteiligten so zu konzentrieren, daß die Streichung des Kölner Doms von der Welterbeliste verhindert wird. Diese stünde ansonsten binnen weniger als Jahresfrist an. Niemand sollte allerdings die Illusion hegen, es sei einfach, dies zu verhindern: 179 Vertragsstaaten haben 21 Vertreter in die entscheidende Generalversammlung entsandt, dort müssten wir – und Deutschland ist nicht einmal selbst dort Mitglied – mindestens acht Stimmen haben, um die drohende Streichung zu verhindern. Ohne ein Entgegenkommen von Köln, das heißt mehr als das Überdenken der bisherigen Hochhausplanung, sehe ich die Rote Karte.

Die Welterbestätten lehren uns schlicht und einfach die Ehrfurcht vor den Leistungen unserer Vorfahren. Wir wollen sie ohne den Geschmack einer bitteren Pille bestaunen. Schon Theodor Fontane wußte: „Anstaunen ist auch eine Kunst. Es gehört etwas dazu, Großes als groß zu begreifen.“ Nur ein Dummkopf kann nicht mehr staunen!

Unsere Welterbestätten sind Leuchttürme europäischer Kultur aus vielen Jahrhunderten – sie erlauben uns Stolz auf unsere Geschichte. Zugleich lehren sie uns mit Blick auf die anderen Erbestätten der Welt, daß Europa nicht der Nabel der Welt ist. Der Respekt vor den Leistungen in anderen Ländern und Kulturen weist jedoch gleichzeitig wieder auf uns selbst zurück. Nur derjenige kann den gebührenden Respekt zollen, der eine Vorstellung von den Stärken und Schwächen der eigenen Kultur hat. Ohne dieses Wissen muß auch der Blick nach außen seltsam verschwommen bleiben. So paßt an dieser Stelle auch eine Mahnung, die geradezu sprichwörtlich wurde, sie kennen Sie alle: „Was du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.